

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Lipsch & Reichardt in Dresden.

Anzeigen-Zarif.
Annahme von Anzeigen bis nachm. 3 Uhr, Sonntags nur Vormittag 10 bis 12 Uhr. Die einseitige Grundgebühr 5 Pf., 2 Seiten 10 Pf., 3 Seiten 15 Pf., 4 Seiten 20 Pf., 5 Seiten 25 Pf., 6 Seiten 30 Pf., 7 Seiten 35 Pf., 8 Seiten 40 Pf., 9 Seiten 45 Pf., 10 Seiten 50 Pf., 11 Seiten 55 Pf., 12 Seiten 60 Pf., 13 Seiten 65 Pf., 14 Seiten 70 Pf., 15 Seiten 75 Pf., 16 Seiten 80 Pf., 17 Seiten 85 Pf., 18 Seiten 90 Pf., 19 Seiten 95 Pf., 20 Seiten 1,00 M. — In Nummern nach Sonn- und Feiertagen die einseitige Grundgebühr 15 Pf., Familien-Nachrichten aus Dresden 10 Pf., die Grundgebühr 10 Pf. — Zusätzliche Aufträge nur gegen Vorausbezahlung. Jedes Briefblatt foliert 10 Pf.

Bergbau-Gesetze
Die Reichsregierung hat die Entwurfs-Entwürfe für den Entwurf eines Bergbau-Gesetzes, welches die Bestimmungen über die Bergbau-Verhältnisse in den Reichsgebirgen, die den Bergbau in Dresden u. Umgebung am Tage vorher zugetragenen Bergbau-Gesetzen erhalten bis ausserordentlichem Regier. Die Bergbau-Gesetze sind im Reichs-Anzeiger veröffentlicht. Nachdruck nur mit schriftlicher Genehmigung der Reichs-Verlagsanstalt (Dresd. Anzeig.) zulässig. — Unrechtmäßige Vervielfältigung wird nicht erlassen.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher: 11 • 2096 • 3401.

A. F. Kegler & Co., Papierhandlung, Rosmarinergasse 3, nahe Schlossstrasse.
Grosse Auswahl in **Druck- und Schreibmaterialien** bewährter Systeme, sowie Goldfedern für jede Hand passend.
Der Vorteil einer Goldfeder ist, dass sie sich selbst bei jahrelangem Gebrauch nicht abnutzt. Umtausch innerhalb 14 Tagen gestattet. Reparaturen prompt und billigst.
Gegründet 1828. • Fernsprecher 1502.

Hauptgeschäftsstelle:
Marienstrasse 38/40.

Entstaubung!

Bewährtestes, billigstes System.
Ebeling & Croener, Bankstrasse 11.

Smyrna-Teppich-Fabrik

F. Louis Beilich
Kgl. Sächs. Hoflieferant
:: Meissen ::
Nur Prima-Kanngarn-Fabrikate.  Handarbeit.
Prämiiert mit goldenen Medaillen.

Galerie E. Arnold

Schloss-Strasse 34.
V. van Gogh, Ludw. Dill.

Tuchwaren.

Grossartige Auswahl hoch aparter Neuheiten in deutschen u. engl. Qualitäten, streng solide Ware, ausserordentlich billige Preise.
C. H. Hesse Nchf., Marienstr. 20, 3 Raben.

Für eilige Leser.

Mutmaßliche Witterung: Südwestwind, mild, zeitweise Niederdruck.
Im Königl. Opernhaus fand Charpentiers "Louise" gestern eine sehr freundliche Aufnahme. Die Begegnung zwischen Kaiser Wilhelm und Kaiser Franz Joseph wird am 20. März in Schübbinn stattfinden.
Am Reichstage wurde die Beratung des Etats des Reichsamts des Innern fortgesetzt.
Im ungarischen Abgeordnetenhaus kam es gestern zu wilden Tumulten.
Der von den Frauenrechtlerinnen gestern in London angerichtete Schaden wird auf mindestens 5000 Pfund Sterling geschätzt.
An der Fekinger Militärrevolte haben 2000 Truppen Junschkais und 1800 Mandschutruppen teilgenommen. Gestern behanzen die Reiter von neuem.

die Nationalliberalen zustande kommen, und diese Mehrheit wird bei der ersten großen nationalen Vorlage auch tatsächlich entstehen. In es ansehts dieser Zustände nicht heller Wahnsinn, wenn die Parteien, die im Reichstag zusammenarbeiten, sich anherhalb des Parlamentes bescheiden und damit nur die Geschäfte ihrer gemeinsamen Todfeinde, der Sozialdemokraten, befragen? Es ist, als ob den Führern im Wahlkampf das Gefühl der Zusammengehörigkeit abhanden gekommen ist. Dieses Gefühl wiederzuerwecken ist die erste patriotische Pflicht jedes Nationalgesinnten, und doch am Freitag die Führer des Bundes der Landwirte die Zusammengehörigkeit aller Nationalgesinnten ausdrücklich betont haben, das soll ihnen unvergessen bleiben. Wir müssen es als unsere Aufgabe für die Zukunft betrachten, uns mit dem Bürgerium in Stadt und Land zu verständigen", meinte Andrá; darin liegt ein Programm, Verständigung zwischen Stadt und Land, zwischen Bürgern und Bauern, wahrhaftig, das ist eine Aufgabe, die des Schwelgers der Eiden wert ist.
Diese Verständigung forderte auch Dr. Dertel in seiner meisterhaften programmatischen Rede. Eine Scheidung der Geister wünschte er herbei, auf der einen Seite alle, die für Thron und Altar zu kämpfen bereit sind, auf der anderen Seite der Sozialismus und seine Helfershelfer. Was er von der Bevölkerung unseres Vaterlandes in Parteien und Gruppen sagte, wird man Wort für Wort unterschreiben können. Diese zahllosen Parteigebilde führen zu einem Kampf aller gegen alle, bei dem die Sozialdemokratie der lachende Erbe ist. Darum schließt die Reichen, Ihr Nationalgesinnten, es ist keine Zeit mehr zu verlieren!

lich gutage terten wird. Was diese Männer dazu veranlaßt hat, ist lediglich die patriotische Sorge um die Zukunft unseres Vaterlandes. Die rote Gefahr ist riesengroß geworden, hier kann nur der Zusammenschluß des Bürgeriums etwas helfen. Die Gelegenheit ist da, jetzt liegt es an den Nationalliberalen, ob sie die Bedeutung der Stunde zu würdigen verstehen.
Am kommenden Freitag soll das Präsidium des deutschen Reichstages neu gewählt werden. Die Wahl eines Sozialdemokraten zum ersten Vizepräsidenten hat einen Sturm des Unwillens im deutschen Volke hervorgerufen, und mit Spannung erwartet man das Resultat der kommenden Wahl. Sie kann entscheidend werden für die Gestaltung unserer inneren Politik. Wir wollen heute nicht vorgreifen. Leb und in den Nationalliberalen der Geist nationaler Verantwortlichkeit, der aus den jüngsten Kundgebungen konservativer Führer spricht, so ist der Ausgang der Wahl nicht zweifelhaft. Dann ist eine Gestaltung unserer innerpolitischen Verhältnisse nur eine Frage der Zeit und der Tag der Ernte, den die Sozialdemokratie herbeiseht, wird nie kommen.

Verständigung?

Der Sturm des Parteienkampfes hat sich gelegt, eine eigenartige Stille regiert über den inneren Politik des Reiches. Noch aber bedeckt dunkles Gewölbe den Himmel, und niemand kann sagen, ob die augenblickliche Stille nur eine kurze Ruhepause ist und das Unwetter dann um so härter von neuem einbrechen wird, oder ob nicht aus dem jetzt noch wolkenbedeckten Himmel scheinbar die Sonne der Versöhnung treten wird. Wenn aber je die Gelegenheit zu einer Annäherung günstig war, so ist es der augenblickliche Zeitpunkt, der die Verhältnisse noch ungeklärt sieht, aber doch schon die Keime einer Verständigung hervorzulicht läßt. Allerdings nur die Keime, und Winterfröste sind nicht ausgeschlossen. Soll aber die Saat wachsen, soll sie dereinst reife Frucht tragen, so muß sie sorgsam behütet werden, denn wird sie zertrübt, so ist nicht abzusehen, was daraus werden soll.
Die Landesversammlung des Bundes der Landwirte in Dresden am Freitag war nicht nur eine gewaltige Kundgebung der sächsischen Landwirte für das alte Programm des Bundes. Wer die Reden der Bundesführer genauer verfolgt, dem wird sich unwillkürlich der Eindruck aufdrängen, daß zwar das Gefühl kraftvoller Stärke und freudiger Kampfesmut alles beherrscht, daß aber der Grundton aller Reden einen wahrhaft verzweifelnden Geist atmet. Das sollte man nicht unterschätzen. Der Bund der Landwirte ist in erster Linie eine Kampforganisation. Entstanden in schwerer Zeit, als eine verkehrte Sozialpolitik die deutsche Landwirtschaft an den Rand des Verderbens gebracht hatte, hat der Bund in allen innerpolitischen Kämpfen an erster Stelle gestanden. Bald war er die behagliche Organisation des Reiches, die Zahl seiner Feinde war Region, noch größer die Zahl der Verleumdungen und Entstellungen, mit denen man gegen ihn im Kampfe operierte. Druck erzeugt Gegenruck, und so blieb der Bund vor allem eine Kampforganisation; was Wunder, wenn die Hitze des Kampfes auch den Bund gelegentlich zu Uebertreibungen fortriß! Und nun vergegenwärtige man sich den letzten Wahlkampf, in dem man den Wählern die bösen Agrarier gewissermaßen als das Unglück Deutschlands schilderte. Der neue Reichstag ist ja eigentlich gewählt unter der Devise: Gegen den Bund der Landwirte; über den Erfolg dieser Wahlparole braucht nichts mehr gesagt zu werden. Trotz alledem aber klang aus den Reden der Führer, wenn auch teilweise nur als Unterton, die ernste Mahnung an alle auf nationalem Boden stehenden Bürgerlichen: Schließt die Reihen.
„In unserem großen Bedauern müssen wir feststellen, daß diejenigen, die zusammengehören, sich gegenwärtig zerstreuen.“ Das Wort des Geh. Oekonomierats Andrá trifft den Nagel auf den Kopf. Konservative und Nationalliberale gehören in der Tat zusammen. Alle großen nationalen Vorlagen haben beide Parteien Schulter an Schulter gesehen, selbst im alten Reichstag ist nach der Reichsfinanzreform fast die ganze Arbeit von der Rechten, dem Zentrum und den Nationalliberalen gemeinsam geleistet worden. Diese Erscheinung wird noch viel deutlicher im neuen Reichstag werden. Die „große Lücke“, die von Bebel bis Wasseremann reichen soll, muß bei dem Versuch praktischer Arbeit sofort zerfallen. Eine Arbeitsmehrfachheit kann nur durch die Rechte, das Zentrum und

Die Rede Dr. Dertels bedarf noch eines besonderen Wortes. Wie selten hört man solche Töne anlässlich! Ueberströmte es uns nicht wie christliche Feiertagsstimmung, wenn er schildert, wie lebendig und allgegenwärtig in unserem Landvolk Gott und der Heiland sind. „Soll ich Ihnen ein Bild vorgeichnen“, so sagte Dr. Dertel, „das ich während der Wahl tief in meine Seele aufgenommen habe? In meinem Wahlkreis ist ein Teil der Bevölkerung katholisch. Da sah ich im Spätherbst beim Vorüberfahren einen Ackerbauern, der die Kirchen durch das braune Land zog. Er kam vorüber am Bilde des Gekreuzigten, das am Begrände errichtet war. Das Bildlein hing vom Dorfe her. Der Mann hielt inne in seinem Pfählgewerke, entlockte das graue Haupt und betete still das Gebet, das Mutter und Kirche ihn gelernt hatten. Das sind Bilder, die heben den Kämpfer hinaus und hinaus über den niederen Dunst in die reinen Höhen. Das soll das Vorbild unseres deutschen Volkes sein: Die alte, harte, schmelzige Hand am Pfluge, das treue Herz gerichtet zum Kreuze, zum Bilde des Gekreuzigten.“
Den gleichen Geist der Versöhnlichkeit atmete auch die Rede des konservativen Führers Dr. Dvitz bei der Debatte über den nationalliberalen Antrag zur Reform der Ersten Ständekammer. Aus dieser Rede klang der Glaube, daß die beiden großen nationalen Parteien sich wieder finden würden, ja sich wieder finden müßten. Mit Recht wies Dr. Dvitz auf die schweren Gefahren hin, die dem Handel, der Industrie und dem Gewerbe bei der jetzigen Entwicklung der Dinge drohen. Die Gründe dieser Entwicklung lägen ganz ansehnbar in der im höchsten Maße beklagenswerten Zerfleischung der bürgerlichen Parteien. Er möchte seine Worte nicht schließen bei diesem Anlaß, ohne wiederum ins Haus zu rufen: „Macht Frieden untereinander, bürgerliche Parteien, wofern das Vaterland gedeihen soll.“
Die Möglichkeit einer Versöhnung der bürgerlichen Parteien ist also gegeben. Der Liberalismus wird heute zugeben müssen, daß seine Wahlparole verfehlt gewesen ist. Nicht den sagenhaften „blau-schwarzen Blut“ hat man vernichtet, wohl aber hat man der Sozialdemokratie zum Siege verholfen. Der Liberalismus ist einflussloser denn je, die Zahl der Vertreter von Handel und Industrie im neuen Reichstage ist weit geringer als im alten Reichstage. Eine Berücksichtigung der Interessen dieser Erwerbsstände ist nur mit Hilfe der Rechten und des Zentrumsmöglich, die Sozialdemokratie hat für das Unternehmertum nichts übrig. Es ist ein gefährliches Spiel, diese Zustände verschleiern zu wollen. Jetzt bieten konservative Führer den Nationalliberalen die Freundschaft, wachlich nicht aus dem Gefühl der Schwäche heraus. Die konservativen Organisationen befinden sich überall in einem bemerkenswerten Aufstiege, der bei den nächsten Wahlen sicher-

Neueste Drahtmeldungen

vom 2. März.
Deutscher Reichstag.
Berlin. (Priv.-Tel.) Die Beratung des Etats des Reichsamts des Innern wird fortgesetzt. — Abg. Schmidt (Berl. Soz.) äußert sich zur gegenwärtigen Lage im Bergbau. Die Arbeiterschaft des Bergbaues habe heute noch nicht die Löhne wie 1907, trotz der gesteigerten Kosten der Lebenshaltung. Die Arbeiter würden mit ihren Ansprüchen auf höhere Löhne zurückgewiesen, aber im selben Augenblicke bedinge sich das Syndikat höhere Preise für die Kohlen aus. Für die Arbeiter sei der Tisch nicht gedeckt, sie seien die Sklaven des Kapitalismus. Die Profite seien nur für die Spekulanten. Und in dieser Lage seien die Arbeiter zerissen gegenüber der Geselloseit der Unternehmung. Schuld daran trage die christliche Gewerkschaftsorganisation. Der Staatssekretär habe seine Sympathie für die Tarifverträge und seine Mißbillie erklärt, ihm werde sich in nächster Zeit auf dem Gebiete des Bergbaues sehr bald die Möglichkeit dazu bieten. Aber er möge sich da an das Beispiel seiner englischen Kollegen halten und nicht warten, bis er angegriffen werde, sondern selbst die Initiative ergreifen. Wir wollen abwarten, ob es möglich sein wird, diesmal die Herren vom Bergbau einmal unter dem Einflusse eines Staatsmannes zu Verhandlungen mit den Arbeitern zu zwingen. Große Hoffnungen habe ich nicht. Erfolgreich war die Erklärung des Staatssekretärs gegen eine weitere Beschränkung des Koalitionsrechts; aber die Arbeiter müßten gegen die Annahmen von Unternehmern geschützt werden, die ihnen verwehren, von ihrem Koalitionsrecht Gebrauch zu machen. Redner polemisiert dann gegen die Ausführungen des Grafen Potadowsky über die Sozialdemokratie. Redner gibt dabei die Verleumdungstheorie preis. Der Aufstieg der Arbeiterklasse sei aber einzig das Verdienst der gewerkschaftlichen Organisationen. Im Reichsamte des Innern werde in sozialpolitischen Dingen gegenwärtig nichts oder doch nur sehr wenig geleistet. Der neue Weg, den der Staatssekretär als Erlaß für die Bundesratsverordnungen jetzt einschlägt: Das freie Ermessen der Gewerbeaufsichtsbeamten, sei ein Rückschritt. Deshalb gebe man dem Beirat für Arbeiterstatistik nichts zu tun? Man möge die Sozialdemokratie bekämpfen, aber man solle sie nicht ächten wollen. Abg. Graf Carmer (Konf.) vertritt die Mittelstandsforderungen seiner Partei. Das Vorgehen gegen die Landarbeiter sei eine alte Forderung seiner Freunde. Hier sollte das Bedürfnis entscheiden und eine höhere Altersgrenze gesetzt werden, damit nur die nicht mehr recht Arbeitsfähigen das Gewerbe ergreifen könnten. Die Heranziehung der Industrie zu den Kosten der Verhilungsausbildung müsse gesetzlich und einheitlich geregelt werden, denn bei Verhandlungen zwischen Handels- und Handwerkerkammern von Volk zu Volk, wie es die Regierung vorschlägt, sei das Handwerk auf Gnade und Ungnade der Industrie ausgeliefert. Redner verlangt keine Ausnahmestenerungen der Konsumvereine, wohl aber, daß sie in gleicher Weise zu den Staats- und Kommunalsteuern herangezogen werden, wie ihre Konkurrenten, die privaten Handels- und Gewerbetreibenden. Redner begründet ferner den Antrag seiner Fraktion auf Forderung der Gewerbeordnung oder des Strafgesetzbuches zum Zwecke der Sicherung eines wirksamen Schutzes für die Arbeitswilligen. Bis zur großen Revision des Strafgesetzbuches dürfe man nicht warten. (Beifall rechts.) — Abg. Dr. Thoma (Nf.) erklärt, seine Freunde hielten eine Teilung des Reichsamts des Innern in eine wirtschaftliche und eine soziale Abteilung für wünschenswert, und zwar mit je einem Unterstaatssekretär. Diese Teilung müsse der Reim zu eigenen Keimern sein. Neben dem notwendigen Ausbau des Arbeiterrechtes sei die Wohnungsfrage das Wichtigste. Bei der Wertzuwachssteuer habe man ja die Schwierigkeiten in Bezug auf den Eingriff des Staates und der Gemeinden überwunden, das werde auch hier